Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Geschäftsstelle innerhalb Dresdens 2,50 M. (einschl. Zutragung), durch die Post im Deutschen Reiche 3 M. (ausschließlich Bestellgeld) vierteljährlich.
Einzelne Nummern 10 Pf.
Mit Zurücksendung der für die Schriftleitung bestimmten, aber von dieser nicht eingeforderten Beiträge beansprucht, so ist das Postgeld beizufügen.

Dresdner Journal.

Herausgegeben von der Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Zwingerstraße 20. — Fernspr.-Anschluß Nr. 1295.

Erscheinen: Werktags nachm. 5 Uhr. — Originalberichte und Mitteilungen dürfen nur mit voller Quellenangabe nachgedruckt werden.

Ankündigungsgebühren: Die 7zeile kleiner Schrift der 7mal gespaltenen Ankündigungs-Seite oder deren Raum 20 Pf. Bei Tabellen- und Ziffernsatz 5 Pf. Aufschlag für die Zeile. Unterm Redaktionsstrich (Eingesandt) die 1zeilige mittler Schrift oder deren Raum 50 Pf.
Gebühren-Ermäßigung bei öfterer Wiederholung.
Annahme der Anzeigen bis mittags 12 Uhr für die nachmittags erscheinende Nummer.

№ 253. Donnerstag, den 30. Oktober nachmittags. **1902.**

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Assessor bei dem Landgerichte Dresden Georg Ludwig Schlegel für die Zeit vom 1. November 1902 an zum Landrichter bei diesem Gerichte zu ernennen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Kaufmann Reinhold Leonhard Heubner in Zwickau zum Handelsrichter und den Kaufmann Georg Röbel in Zwickau zum stellvertretenden Handelsrichter bei der Kammer für Handelssachen im Landgerichte Zwickau zu ernennen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Bergamtsrath und Professor des Bergrechts und der allgemeinen Rechtskunde an der Bergakademie zu Freiberg Dr. jur. Franz Hermann Böhme vom 1. November dieses Jahres ab zum Finanzrath in Gruppe 1 der IV. Klasse der Hofrangordnung und Hülfsarbeiter im Finanzministerium zu ernennen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Postmeister Goltze in Lommatzsch das Ritterkreuz 2. Klasse des Albrechtsordens zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den nachgenannten Beamten der Staatseisenbahn-Verwaltung, und zwar dem Lokomotivführer Müller in Meißen und dem Oberschaffner Schumann in Leipzig das Albrechtskreuz, dem Nachtfeuermann Brade in Dresden und dem Bahnwärter Goldbach in Zschaiten das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Schriftsetzer Diettrich in Leipzig das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

(Behördl. Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Parlamentarische Thätigkeit der Sozialdemokratie.

Vor ein paar Wochen hat der Abgeordnete Bebel mit wenig Worten die parlamentarische Thätigkeit der Sozialdemokraten sehr deutlich und treffend gekennzeichnet. Er erklärte: „Im Reichstage reden wir zum Fenster hinaus; dazu sind wir da.“ Die Sozialdemokratie faßt demnach die Thätigkeit ihrer Abgeordneten nur als eine rein agitatorische auf. Nicht um die vorliegenden Gesetzentwürfe sachlich zu behandeln, um durch Vorbringen ihrer Einwände und Bedenken auf die Entschlüsse des Reichstags einzuwirken, wie das die Aufgabe der Parlamentsmitglieder ist, ergreifen die sozialdemokratischen Abgeordneten das Wort, sondern nur, um von der Tribüne aus wirksamer agitieren zu können, geschieht es. Bebel bemerkte weiter, in Versammlungen spreche er vor 4- bis 5000 Personen, im Reichstage aber richte er seine Reden an 40 bis 50 Mill., er rechnet also auf die Mitwirkung der „bürgerlichen“ Presse bei der Verbreitung seiner Reichstagsreden in der Bevölkerung. Die sozialdemokratische Spekulation auf die Agitationskraft der Parlamentsreden ist in der That geschickt angelegt, zumal besonders dafür geeignete Reden als Agitationsbroschüren noch in Massen verbreitet werden. Aber sobald in der Bevölkerung bekannt geworden sein wird, daß den Sozialdemokraten der Gegenstand, über den der Reichstag berät, vollkommen nebensächlich ist, daß sie in ihm stets nur ein Agitationsobjekt erblicken, wird man die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten doch in einem anderen Lichte erblicken und sich fragen, ob sich diese mit der Pflicht derselben vertrage.

Die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten, mögen sie den Etat oder irgend eine andere Vorlage betreffen, umfassen seit Jahren schon einen Raum, der beinahe so groß ist, wie ihn die Redner aller übrigen Parteien zusammengenommen beanspruchen. Noch erheblich größer ist das Mißverhältnis bei den Zolltarifverhandlungen. Reden von der Dauer von drei Stunden und mehr sind jetzt nichts seltenes, und alle diese Reden haben nur den Zweck, nach außen hin zu wirken. Sie sind lediglich dazu da, um zum Fenster hinaus gehalten zu werden und die Bevölkerung im sozialdemokratischen Sinne zu beeinflussen. Die Aufgabe der Parlamente aber ist es, die Verhandlungsgegenstände durch Rede und Gegenrede zu erörtern, zu klären und sich gegenseitig durch sachliche Gründe zu überzeugen und zu bekehren zu versuchen. Auf diese Aufgabe verzichten die Sozialdemokratie von vornherein. Sie wollen im Hause nicht überzeugend oder klärend wirken; sondern von der Tribüne aus nur ihre einseitigen Ideen und Angriffe ins Land hinein bringen.

Dem Wesen des Parlamentarismus tragen also die Sozialdemokraten keine Rechnung. Während andere Parteien auf die Beweisführungen oder Einwände von gegnerischer Seite eingehen, sie zu widerlegen suchen, und wem dies nicht gelingt, als falsch erkannte Anschauungen fallen lassen, gehen die sozialdemokratischen — und leider auch manche freisinnigen — Abgeordneten auf die gegnerischen Darlegungen zur Sache gar nicht ein. Ihre Polemik ist stets nur äußerlich, sie ignorieren die unbestreitbarsten Widerlegungen und fahren ruhig fort, ihre als unrichtig nachgewiesenen Behauptungen weiter aufrecht zu erhalten, als seien sie unanfechtbare Wahrheiten. Dadurch soll im Lande der Eindruck erweckt werden, daß die Sozialdemokratie immer im Rechte und die „bürgerlichen“ Parteien immer im Unrechte seien, daß die sozialdemokratischen Behauptungen nicht widerlegt werden könnten.

Typisch in dieser Hinsicht war beispielsweise auch die letzte dreistündige Reichstagsrede Bebels in der Debatte über die Viehzölle. Der sozialdemokratische Redner bewegte sich dabei, ohne sich an vorhergegangene Widerlegungen zu kehren, auf dem Boden haltloser Behauptungen. Er bestritt das Vorhandensein einer landwirtschaftlichen Notlage, erklärte, die bestehenden Zölle seien nicht nur vollständig ausreichend, sondern könnten ohne Gefahr für die Viehzucht herabgesetzt werden, das Fleischbeschaugesetz sei nicht im gesundheitlichen Interesse erlassen worden, die sanitären Gründe, die man angebe, seien nur Vorwände; von schädlichen Wirkungen der Fleischeinfuhr habe man nie etwas gehört. Ferner gab er an, die Fleischverteuerung habe jetzt schon eine Rebellion der deutschen Bevölkerung hervorgerufen, wie sie noch niemals dagewesen sei; Fleisch werde Luxusartikel, ein Arbeiter, der dem Tarif zustimme, würde ein Selbstmörder, ein Mörder seiner eigenen Familie, ein Mörder seiner Klasse sein. Zugleich flocht Bebel wieder einige seiner gewohnheitsmäßigen Angriffe gegen die Königl. Sächsische Regierung ein, die indessen durch den stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Hrn. geh. Finanzrat Dr. Rüger abgewiesen wurden.

Die ganze Rede Bebels war lediglich zu agitatorischen Zwecken zurechtgelegt worden, sie war nicht auf die Mitglieder des Reichstags, sondern auf eine kräftige Wirkung „zum Fenster hinaus“ berechnet. Auch Zahlen brachte der sozialdemokratische Führer bei, aber diese wurden schon durch Zwischenrufe als unrichtig gekennzeichnet und später sowohl durch den Staatssekretär des Innern Dr. Grafen v. Posadowsky als auch durch Redner aus dem Hause berichtigt. Von der ganzen Ausführung Bebels blieb nach den neuen Widerlegungen nichts übrig als maßlose Angriffe auf die Verbündeten Regierungen und die positiven Parteien, sowie Aufreizungen der Bevölkerung auf der Grundlage unwahrer Darstellungen. Auf die Sozialdemokratie aber machte es keinen Eindruck. Statt beschämt zu schweigen, sandte die sozialdemokratische Fraktion neue Redner vor, die einfach die soeben abgefertigten Behauptungen wiederholten, als wäre gar nichts dagegen gesagt worden. Ja, ein sozialdemokratischer Abgeordneter brachte es fertig, seine Partei als die einzige anzupreisen, die für das Wohl der Arbeiter eintrete, und zu behaupten, die Sozialdemokraten seien keine Feinde der bestehenden Ordnung.

Aus all diesen sozialdemokratischen Redeleistungen kann man klar erkennen, daß das Auftreten der Sozialdemokratie im Reichstage einen lediglich agitatorischen Zweck hat. Auch wenn Bebel nicht ausdrücklich eingestanden hätte, daß die Sozialdemokraten nur dazu da seien, Reden zum Fenster hinaus zu halten, würde diese Absicht gar nicht zu verkennen sein. Von diesem Gesichtspunkte aus sind aber die sozialdemokratischen Parlamentsreden ausschließlich zu beurteilen, und danach wird man ihnen am allerwenigsten einen parlamentarischen Wert beilegen können.

Gebürtigkeit der Reichsbevölkerung.

Nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 sind von der Reichsbevölkerung, die 56 376 178 beträgt, 98,5 Proz. (= 55 529 229) im Deutschen Reiche geboren worden. Die übrige Bevölkerung (1,5 Proz. = 837 949) stammt zum größten Teile (829 599) aus nichtdeutschen Staaten; 257 Personen sind in deutschen Schutzgebieten und 131 auf See geboren worden; für 7962 Personen fehlt eine entsprechende Angabe.

Von besonderem Interesse ist die Frage, wieviel reichsgebürtige Personen in den einzelnen Landesteilen einheimisch (d. h. dort geboren und anwesend), wieviel dort zugezogen (d. h. in anderen Reichsgebietsteilen geboren) und wieviel Einheimische von dort verzogen (d. h. in anderen Landesteilen als zugezogen ermittelt) sind. Für Ostpreußen wurden in dieser Beziehung 1 909 201 Einheimische, 71 920 Zugezogene und 523 836 Wegezogene festgestellt. Demnach hat Ostpreußen 451 916 Menschen durch Binnenwanderung an andere Gebietsteile des Reiches abgegeben. Neben Ostpreußen haben im Bevölkerungsaustausche der Reichsgebürtigen noch folgende Gebiete verloren (Zahlen in Tausend):

Westpreußen (185), Pommern (219), Posen (322), Oppeln (148), Breslau und Liegnitz (293), Provinz Sachsen (266), Ober-, Mittel- und Unterfranken (93), Württemberg (120), Mecklenburg-Schwerin (84).

Gewonnen haben durch die Binnenwanderung (in Tausend): Berlin (800), Brandenburg (177), Westfalen (260), Rheinland (292), Königreich Sachsen (254), Bremen (62), Hamburg (267), Unter- und Ober-Elsaß (60), Lothringen (85).

Besonders beträchtlich ist der Zuwachs, den die 33 Großstädte im Bevölkerungsverkehr mit den Landesteilen und unter einander erfahren haben. Er beträgt in Tausend bei: Berlin 800, Hamburg 257, München 248, Leipzig 172, Breslau 162, Dresden 144, Charlottenburg 133, Frankfurt a. M. 130, Cöln 120, Nürnberg 118, Hannover 96, Stettin 90, Düsseldorf 83, Stuttgart 77, Magdeburg 71, Chemnitz 71, Straßburg 67, Mannheim 65, Königsberg 65, Halle a. S. 56 und Dortmund 53.

Tagesgeschichte.

Dresden, 30. Oktober. Se. Majestät der König begab Sich heute früh 7 Uhr 10 Min. mit Sonderzug ab Pirna nach Königstein und unternahm von da aus mit einigen Kavalieren einen Jagdausflug nach dem Rosenthaler bez. Markersdorfer Revier. Nach beendeter Jagd wird Se. Majestät mit Allerhöchstseiner Umgebung zu Wagen nach Königstein zurückkehren, von wo aus 6 Uhr 45 Min. abends die Rückfahrt nach Pirna bez. Hosterwitz erfolgen wird.

Dresden, 30. Oktober. Se. Königl. Hoheit der Kronprinz hat heute dem vom Großsenhainer Parforcejagdverein abgehaltenen Rennen beigewohnt.

Deutsches Reich.

Berlin. Gestern morgen begab Sich Se. Majestät der Kaiser mit dem Kronprinzen von Dänemark nach dem Schießplatze bei Kummersdorf, wo auch das Frühstück eingenommen wurde.

— Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrats für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr, die vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Eisenbahn, Post und Telegraphen, sowie für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen hielten gestern eine Sitzung ab.

— Ein Parlamentsberichterstatter meldet, mehrere Fraktionen des Reichstages hätten gestern vormittag Sitzungen abgehalten. U. a. sei im Zentrum gestern eine Aenderung der Geschäftsordnung angeregt und eingehend besprochen worden. Das Zentrum wolle die Zulässigkeit von namentlichen Abstimmungen in gewissem Grade einschränken.

— In mehreren Blättern wurde die Nachricht verbreitet, daß die Wahlprüfungskommission des Reichstages die Wahl des Abg. Faber für Forchheim-Kulmbach beanstandet habe. Diese Nachricht ist der Münchener „Allgem. Ztg.“ zufolge unrichtig. Es wurden nur die Wahlakten eingefordert, da es sich um eine Erhebung handelte, die mit dem Falle „Lochner wegen Wahlstimmenkaufs“ zusammenhing. Lochner wurde in dieser Sache in Bayreuth zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschäftigt sich nicht weiter mit der Wahl in Forchheim-Kulmbach.

— In dem nächstjährigen Reichshaushaltsetat wird zum ersten Male unter die Verbrauchssteuern die Schaumweinsteuer eingestellt werden. Während die Ansätze für alle übrigen Verbrauchssteuern nach den Ergebnissen der Zeit vom September 1900 bis August 1902 berechnet werden, ist die Einhaltung des gleichen Verfahrens bei der erst im laufenden Jahre eingeführten Schaumweinsteuer nicht möglich. Ihr Etatsansatz dürfte sich auf eine Summe belaufen, die sich um 4 Mill. M. bewegt.

— Ein Münchener sozialdemokratisches Blatt hatte behauptet, der Direktor des Bundes der Landwirte, Abg. Dr. Diedrich Hahn habe den Brief an den Zentrumsabgeordneten Dr. Heim geschrieben, von dem dieser in der Reichstagssitzung am 20. d. M. sagte: „Man hat mich beschworen, schriftlich sogar — da kann nichts geleugnet werden — ich möchte auf meine Parteikollegen einwirken, daß diese elende Flottenpolitik zum Scheitern käme.“ — Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ stellt demgegenüber fest, „daß ein solcher Brief von keinem der Herren des engeren Vorstandes des Bundes der Landwirte an Hrn. Dr. Heim geschrieben worden ist.“

Kunst und Wissenschaft.

Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs.

Das unter diesem Titel im Verlage von Gustav Fischer, Jena, erschienene Werk von Ottokar Lorenz ist, mag man über seine Tendenz denken, wie man will, in der großen Zahl der Schriften über die Entstehungsgeschichte des Deutschen Reichs ohne jede Frage eines der wichtigsten und inhaltreichsten; es wird die öffentliche Meinung voraussichtlich noch lange beschäftigen und wohl auch zu tiefgreifenden Kontroversen Anlaß geben. Als im Jahre 1885 sein Verfasser, der berühmte, freilich gerade damals persönlich heftig angefeindete Wiener Professor, den Ruf an die kleine Universität Jena annahm, war man in Fachkreisen vielfach erstaunt, bis man erfuhr, daß Herzog Ernst von Koburg ihn dazu ausersehen hatte, bei den Abfassungen seiner „Lebenserinnerungen“, dieses Werkes, das seinerzeit so großes Aufsehen machte, mitzuwirken. Die „Lebenserinnerungen“ reichen bekanntlich in der Hauptsache nur bis 1866; die beabsichtigte Fortsetzung bis 1871 ist unterblieben, doch waren bereits viele Materialien dazu gesammelt. Der Verfasser konnte sich auf einen bestimmt ausgesprochenen Wunsch des verewigten Herzogs beziehen, wenn er sie nebst den Tagebüchern des Fürsten und Aufzeichnungen seines Ministers v. Seebach hier benutzt. Weit reichere Quellen freilich, wie diese und die Mitteilungen des Herzogs von Meiningen boten, erschlossen sich ihm durch die Huld des Großherzogs von Baden, dem bei der Gründung des Reichs eine so bedeutende Rolle beschieden war und dessen Urteil seinem Charakter wie seiner persönlichen Stellung zu Kaiser Wilhelm nach ohne Frage von schwerwiegender Bedeutung ist; er gestattete dem Verfasser nicht bloß schrankenlosen Einblick in seine private Korrespondenz und in die politischen Akten Badens, sondern unterstützte ihn auch durch viele eigne Erinnerungen, so daß das Werk wohl zum Teil als sein eignes gelten darf — und schon das giebt ihm einen hohen Quellenwert. Andere Materialien verdankte Lorenz den Großherzogen von Sachsen-Weimar und Oldenburg. So giebt uns das Buch ein Bild der Entstehungsgeschichte des Deutschen Reiches, wie es sich in denjenigen kleineren deutschen Staaten spiegelte, die seit 1866 der preußisch-deutschen Entwickelung mit voller Sympathie gegenüberstanden. Wir dürfen freilich darüber nie vergessen, daß die wichtigsten Quellen für diese Entstehungsgeschichte, die in der Reichskanzlei und im Auswärtigen Amte zu Berlin liegen, dem Verfasser ebenso unzugänglich gewesen sind, wie sie einst v. Sybel seit dem Rücktritte des Fürsten Bismarck verschlossen blieben. Bevor nicht diese Quellen, deren Geheimhaltung man bedauern mag, aber wohl begreifen kann, erschlossen sind, wird die geschichtliche Darstellung des Werdeganges des Deutschen Reiches stets sehr unvollkommen bleiben und zum großen Teile auf mehr oder weniger gewagten Vermutungen aufgebaut werden müssen. Daß daran auch das Erscheinen der „Gedanken und Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck nichts geändert hat, so hoch man ihre politische wie ihre historische Bedeutung auch einschätzen mag, das beweisen die zahllosen kritischen Erörterungen, die sich an sie angeschlossen haben.

In der Tagespresse sind bereits viele mehr oder weniger umfangreiche Auszüge aus dem Werke von Lorenz veröffentlicht worden. Raummangel verbietet uns den Abdruck solcher an dieser Stelle; ja wir können nicht einmal alle diejenigen Punkte hervorheben, in denen der Verfasser gegen bisherige Anschauungen oder angebliche bisherige Anschauungen Front macht. Denn nicht immer wird man zugeben können, daß die Auffassung, gegen die Lorenz ankämpft, so allgemein verbreitet ist, wie er meint. Mit vollem Rechte stellt Lorenz die ehrwürdige Gestalt Kaiser Wilhelms in den Vordergrund. Er verfolgt seine politische Entwickelung und seine Stellung zur deutschen Frage seit der Bewegung von 1848 Jahr für Jahr; so betont er namentlich auch seine von Sybel in der That nicht voll gewürdigte staatskluge Haltung dem Frankfurter Fürstentage von 1863 gegenüber, bei dem es „auf nichts anderes abgesehen war, als auf eine Demütigung König Wilhelms.“ Vor allen Dingen aber erscheint König Wilhelm in den Jahren, mit denen sich das Werk hauptsächlich beschäftigt, stets als ein durchaus selbständiger Charakter; er steht über den Parteien, weiß die manchmal recht schroffen Gegensätze milde auszugleichen, im gegebenen Augenblicke aber auch mit voller Energie durchzugreifen; dies gilt besonders von jenen unvergeßlichen Julitagen in Ems, in denen das Verhalten des Königs der großen Zeit in vollstem Maße würdig war. Die ungeheure Wirkung, die die vielbesprochene angebliche „Fälschung“ der Emser Depesche gehabt haben soll, stellt Lorenz ganz in Abrede, und sie ist auch in der That ein wenig überschätzt worden. Aber ist es denn wirklich ein so wesentlich anderes Bild, das sich das Deutsche Volk bis jetzt von seinem Heldenkaiser gemacht hat? Schon oft ist betont worden, daß jede Veröffentlichung über jene Jahre die wahre Größe Kaiser Wilhelms immer schärfer hervortreten läßt, und sie verliert wahrlich nichts dadurch, daß die Vorsehung ihm zur Ausführung der nationalen Pläne, die seit Jahrzehnten ihn beschäftigt hatten, Männer wie Bismarck und Moltke zur Seite gestellt und daß er sie gefunden und benutzt hat. Auch Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ haben ihm sicher nichts von dem wohlverdienten Ruhme entzogen.

Wirklich im Gegensatze zur allgemeinen Meinung aber befindet sich Lorenz mit seinem Urteile über Bismarck. So geflissentlich er auch das politische und diplomatische Genie des großen Kanzlers und seine Verdienste hervorhebt, so merkt man doch, daß er ihm im Grunde eine wenig sympathische Persönlichkeit ist. An seiner Politik hat er gar mancherlei auszusetzen. Vor allem wirft er ihm als schweren Fehler sein Verhalten gegenüber den süddeutschen Staaten vor. Gilt ihm schon die glimpfliche Behandlung Oesterreichs im Jahre 1866 — die ja anfänglich gar nicht den Wünschen des Königs entsprach und in der That erst nach langen Jahren die gehofften Früchte tragen sollte — als ein auf falscher Berechnung beruhender Schritt und mißbilligt er entschieden das Zugeständnis von Artikel IV des Prager Friedens, so findet er, daß nichts so sehr die Gründung des Deutschen Reichs erschwert und so üble Wirkungen bis auf den heutigen Tag gehabt habe, als die überzarte Behandlung Bayerns. Das ist das Leitmotiv, das sich durch das ganze Buch hindurchzieht. Im Gegensatz dazu wird die loyale Haltung Sachsens seit 1866 sehr entschieden betont. Und in der That, wenn wir den zähen Widerstand beobachten, den der bayrische Partikularismus im Bunde mit österreichischen und klerikalen Strömungen dem Werke der Reichsgründung fortdauernd entgegengesetzt hat, wenn wir sehen, wie schließlich nicht viel gefehlt hätte, daß noch nach den Siegen des Jahres 1870 der bayrische „Großmachtsdünkel“ fast die Einigung des Reichs hintertrieben hätte, wenn wir die wunderliche Vorgeschichte des Angebots der Kaiserwürde durch König Ludwig verfolgen, so können wir uns kaum der Empfindung verschließen, daß Lorenz nicht so ganz Unrecht hat, wenn er die Rücksichtnahme auf die Sondergelüste Bayerns, durch die sich namentlich das den Eintritt in den Nordbund schon lange ersehnende und immer wieder zurückgewiesene Baden tief verletzt fühlen mußte, für zu weitgehend hält; man begreift wohl die Verstimmung, die dem König Wilhelm schließlich die Annahme der Kaiserwürde vergällte. Das Deutsche Reich ist in der That „unter Schmerzen geboren“. Aber wir wiederholen es: ein abschließendes Urteil über diese Geburtsgeschichte, über die Motive, die den eisernen Kanzler, der doch sonst rücksichtslos zuzugreifen verstand, zu einer so langmütigen Geduld bestimmten, wird man

SLUB
Wir führen Wissen.